



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

7/VII/292 - 20.12.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Letzte Weihnachten ohne Kasernen ?	S. 1
Tito und die britischen Katholiken	S. 3
Misbrauchtes Sportabkommen	S. 4

---

Nicht die 18 Millionen Deutsche vergessen !

Weihnachtsgedanken von Heinrich Alberts,  
Sozialminister in Niedersachsen

Es scheint in diesem Jahr noch etwas mehr von Weihnachten geredet worden zu sein, als es selbst hierzulande üblich ist. Es mag sein, daß einige von uns noch öfter als in den vergangenen Jahren an jenen schrecklich-nüchternen Vers gedacht haben, der, glaube ich, von Erich Kästner stammt: Man könnte in jeden Christbaum schießen. Damit meine ich nicht nur das übertriebene Bild der Straßen unserer Großstädte mit ihren vielen Geschmacklosigkeiten, sondern noch viel mehr den Versuch, in einer falschen Weihnachtsstimmung über das hinweg zu kommen, was uns gerade in diesen letzten Monaten und Wochen immer deutlicher auf den Leib rückt und in der Woche zwischen dem 2. und 3. Advent, also mitten in dieser Vorweihnachtszeit, zu fast dramatischen Auseinandersetzungen geführt hat.

Wird Weihnachten 1952 das letzte Weihnachtsfest sein, an dem alle unsere jungen Leute noch zu Hause bei ihren Eltern sind ? Werden wir im nächsten Jahr schon wieder Urlauber auf den Bahnhöfen haben, in einer grauen oder braunen Uniform, den Schein einer dreitätigen Freiheit als kostbarstes Gut in ihrem Soldbuch verbergend ?

Ist es also das letzte Weihnachten, in dem auf dem Boden der Bundesrepublik nur amerikanische, kanadische, englische

oder französische Soldaten sich fragen, warum diese Welt so sinnlos ist, daß sie in diesen Tagen nicht zu Hause sein können? Indem ich die Frage so stelle, wird hoffentlich deutlich, welches unverdientes Glück wir haben, daß es in diesem Jahr immer noch nur diese Fremden sind. Wir sollten uns auch ein wenig um sie kümmern, um diese jungen Leute in fremdem Land, von denen wahrscheinlich die wenigsten begreifen, an welchem Rande der Welt sie hier in der Bundesrepublik Deutschlands kaserniert sind.

Es soll auch deutlich werden, daß der Kampf um die Verträge nicht als ein Kampf um die Bequemlichkeit der Deutschen in Westdeutschland aufgefaßt werden darf, daß wir uns vor irgendetwas drücken wollten, was andere mit mehr oder minder Haltung und Geschick zu tragen haben. Der "Ohne-mich"-Standpunkt ist zwar psychologisch außerordentlich verständlich, aber trotzdem falsch. Wenn die Bundesrepublik Deutschland in diesen vorweihnachtlichen Tagen bis in ihre letzten Grundfesten, bis hinein in die Reservate der Überparteilichkeit, d.h. also bis in die stillen Räume des Bundespräsidenten und bis an die Schwelle des Bundesverfassungsgerichts hinein erschüttert worden ist von dem Kampf um jene schreckliche Entscheidung, dann liegt die eigentliche Frage ja viel tiefer.

Wenn eine Kaserne in Westdeutschland steht, dann ist das grundsätzlich etwas anderes, als derselbe schreckliche und unangenehme Bau in Frankreich oder den Vereinigten Staaten. Wir sind ein geteiltes Land. Jeder Bau eines solchen Hauses, jeder Stiefel, der über seine Flure geht, jedes Gewehr, das dort nach Öl und Leder riechend neu aufgehangen wird, bedeutet in unserem jetzigen Zustand den gleichen Bau und den gleichen Stiefel und das gleiche Gewehr in jenem anderen Teil Deutschlands, der im Dunkeln liegt: Also Kasernen in Eisenach und Rostock und Dresden für deutsche Hilfstruppen der Roten Armee. Der unausweichliche Kreis unseres Schicksals, der *circulus vitiosus*, wie die Humanisten sagen, in dem die Welt sich mit der Übersteigerung der Aufrüstung und zwei Festungen voneinander abschließt, dieser Kreis geht mitten durch unser eigenes Volk und unser eigenes Herz.

Gewiß, an keiner Stelle des öffentlichen Lebens und der politischen Entscheidung sind Gefühle so unangebracht als gerade in

Fragen der Militärpolitik. Selbst wenn wir es gerne wollten, wir dürften nach allem, was wir erlebt haben und was die Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges schon wieder erleben müssen, auf gar keinen Fall Träumer und Illusionisten sein. Aber wir wehren uns gegen die schreckliche Vereinfachung der Dinge, gegen die furchtbare Sicherheit primitiver Formeln, die uns ja nur allzu bekannt sind: Sklaverei oder Freiheit, Christentum oder Bolschewismus, Eigentum oder Kolchosa, Schwarz oder Weiß. Ich meine, wir sollten, wenn wir überhaupt Weihnachten feiern, diese Tage dazu benutzen festzustellen, was bei uns Grau oder Schwarz ist.

Die Veröffentlichungen des "Völkischer Beobachter" werden nicht dadurch richtiger, daß sie heute in "christlichen" Zeitungen stehen. Die nüchternen und schrecklichen Entscheidungen, die wir zu treffen haben, werden nicht dadurch leichter, daß man, statt die Tatsachen zu prüfen, Predigten hält. Man kann hinter dem Rücken Gottes keine kleinen Geschäfte treiben und vielleicht hat noch niemals so sehr die Gefahr bestanden, daß unter diesen Geschäften Weihnachten erdrückt wird.

Ich fürchte jedenfalls, daß in der dunklen Zone zwischen Helmstedt und Frankfurt a.d. Oder in diesem Jahr sehr viel bewußter, sehr viel aufrichtiger und sehr viel ernsthafter Weihnachten gefeiert wird, als in der Bundesrepublik Deutschland. Und ich fürchte, daß wir mit unserem falschen Reichtum und unserer falschen Sicherheit und mit der Berufung auf eine falsche und sehr fragwürdige Machtpolitik in unserem Teil Deutschlands schon wieder auf dem besten Wege sind, die Fehler unserer Väter und Großväter, nur noch in viel schlimmerer Form, zu wiederholen.

Weihnachten ist in seinem Ursprung eine sehr nüchterne Sache. Einer der entscheidenden Sätze in dem alten Evangelium ist der schlichte Satz, der meistens überlesen wird: "Sie hätten für jenes Kind keinen Raum in der Herberge gehabt". Wir haben sehr viel Raum, schöne und große, fast überall wiederhergestellte Kirchen, tüchtige "christliche Parteien", vom eigenen Wohlverhalten überzeugte Bürger und Bauern, sogar christliche Soldaten, die die abendländische Kultur beschützen. Aber wer gibt uns die Sicherheit dafür, daß diese so wohl ausgerüstete offizielle Straße der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die großen Reden derer, die in ihr die Macht der Mehrheit haben, die richtige Straße ist?

Wir wünschen die Freiheit, aber keine Freiheit auf Kosten von 18 Millionen deutschen Menschen; wir wünschen die Festigung und Sicherung, ja sogar die Verteidigung unserer christlichen abendländischen Welt, aber nicht um den Preis der Wiederherstellung von politischen und wirtschaftlichen Formen des 19. Jahrhunderts. Wir würden uns sogar mit deutschen Soldaten in deutschen Kasernen abfinden, - aber erst, wenn auch der letzte Versuch fehlgeschlagen ist, der verhindert, daß sie ihre Gewehre auf ihren Bruder und ihren Vetter und auf das Haus ihrer Mutter in jenem anderen Deutschland richten müssen. Es ist noch nicht einmal der erste Versuch nach dieser Richtung hin ernsthaft getan worden. Und eines ist mir sicher, daß Maria und Joseph, wenn sie heute über die Straßen Deutschlands gingen, wohl wiederum an dem rechtgläubigen Jerusalem vorbei in irgendeinem abgelegenen Stalle die Ruhe für die Geburt ihres Kindes finden würden.

Marschall Tito und die englischen Katholiken

B.C. - London

In London wird gegenwärtig viel hin- und herspekuliert darüber, ob der Staatsbesuch, zu dem Außenminister Eden den jugoslawischen Diktator Marschall Tito eingeladen hat, wirklich stattfinden wird. Während im allgemeinen Tito in England eine "freundliche Presse" hat und eine Ausdehnung der freundschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zum jugoslawischen Staat allseitig erwünscht wird, laufen seit einigen Wochen, wahrscheinlich auf Anweisung von Rom, die britischen Katholiken Sturm dagegen und versuchen, mit Anfragen im Parlament, mit einer Flut von Briefen an die großen Zeitungen und mit scharfen Artikeln in ihrer eigenen Presse Stimmung für eine Absage des Staatsbesuches zu machen.

Vor allem sucht man den Eindruck zu erwecken, daß in Jugoslawien heftige Religionsverfolgungen stattfinden - eine Behauptung, die selten verfehlt, in der britischen öffentlichen Meinung Empörung hervorzurufen - und weist vor allem auf die Verurteilung des kroatischen Erzbischofs Stepinac hin, die angeblich zu Unrecht erfolgt sei. Demgegenüber erinnert man sich in England vielfach der Dienste, die während des 2. Weltkrieges Stepinac den Ustaschi und ihren nationalsozialistischen Verbündeten erwiesen hatte und die denjenigen nicht unähnlich waren, wegen derer in England William Joyce ("Lord Haw-Haw") und in Norwegen Vidkun Quisling zum Tode verurteilt wurden.

Während viele Katholiken einflußreiche Regierungs- und Beamtenstellungen bekleiden, kommt es praktisch fast nie vor, daß sie als Katholiken in das politische Leben der Nation eingreifen, und normalerweise würden sie damit angesichts der Haltung der überwiegenden protestantischen Mehrheit, die zwar auf vollkommen freier Religionsausübung besteht, jedoch nichts so sehr fürchtet, wie eine mögliche Wiederholung der bitteren religionspolitischen Wirren und Kämpfe des 17. Jahrhunderts, eher sich selbst schaden, als das Gewünschte erreichen. Der Brite hat - "gebranntes Kind scheut das Feuer!" - eine instinktive Abneigung dagegen, Religion und philosophische Weltanschauung in das politische Leben hineinzuziehen, und eine religiöse Partei wie etwa das deutsche Zentrum hat es seit den Zeiten Cromwells nicht mehr gegeben und wäre heute undenkbar. Daher muß der gegenwärtige Vorstoß der britischen Katholiken zur Erreichung eines ausgesprochen politischen Zweckes notwendigerweise Mißtrauen in der Öffentlichkeit erregen und hat bereits aus Tory- und Labourkreisen scharfe Zurückweisung verursacht.

Die präsentierte Rechnung

EZ - Berlin

Es hat nur weniger Tage bedurft, bis die SEP ihre Rechnung über das zwischen den west- und ostdeutschen Sportverbänden am vergangenen Wochenende geschlossene Abkommen über die Wiederaufnahme des gesamtdeutschen Sportverkehrs präsentierte. Mochten nicht wenige Sportler der Bundesrepublik die Aufhebung der Oberweseler Beschlüsse begrüßt haben, bereits heute steht fest, daß das neue Berliner Abkommen für die Sportverantwortlichen der Sowjetzone in erster Linie ein politisches Manöver der SEP bedeutet.

Hatte das Berliner Abkommen für die Wiederaufnahme des west-östlichen Sportverkehrs als obersten Grundsatz nachdrücklich die Ausschaltung alles Politischen festgelegt, so wurde bereits am 17. Dezember vom "Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der SEP diese Grundlage der Vereinbarungen diffamiert. Die vom Zentralkomitee der SEP dirigierte Zeitung enthüllte die wahren Absichten der östlichen Seite, als sie schrieb:

"Es geht jetzt darum, alle Schichten der Bevölkerung, und nicht zuletzt die Sportler, auf breitester Grundlage für den Kampf um die nationale Einheit und Freiheit und für den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu mobilisieren. Die Beschlüsse der gesamtdeutschen Sportkonferenz bieten dazu eine reale Grundlage".

Bereits einen Tag nach Abschluß der Sportkonferenz, die nach dem Wortlaut des Abkommens jeden politischen Mißbrauch des Sportes verboten hat, hatte eine SEP-Zeitung vorbauend erklärt,

"darunter sei selbstverständlich nicht das Eintreten für die Einheit des Vaterlandes, der Kampf um den Frieden und die Erweiterung der Völkerfreundschaft zu verstehen".

Daß sich die westlichen Konferenzpartner in diesem Punkt durch den im Abkommen enthaltenen Hinweis auf die olympische Idee des Völkerfriedens täuschen ließen, spricht für eine Naivität in der Beurteilung der kommunistischen Absichten und Pläne, die schon im Text der einleitenden Sätze der Vereinbarungen zum Ausdruck kam, wo es heißt, lediglich Mißverständnisse hätten zu den Oberweseler Beschlüssen geführt, die vor drei Monaten den Sportverkehr zwischen West- und Mitteldeutschland unterbrochen hatten.

Die Zitierung des olympischen Völkerfriedens wird als eines der üblichen kommunistischen taktischen Mittel benutzt, die breiten

Bevölkerungsschichten im Westen dadurch hinters Licht zu führen. Es werden Begriffe, Gedanken und Ideen angesprochen, die in ihrer sprachlichen Form im Osten und Westen sich gleichen, deren Inhalt aber in der Realisierung hüben und drüben einander entgegengesetzt ist.

Hätten nicht die Vertreter des westdeutschen DSB aus der langjährigen Erfahrung lernen müssen, daß nämlich die SEP-Funktionäre unter Völkerverständigung immer nur das "Friedensdiktat Moskaus" verstehen? Hätte nicht die von dem östlichen Konferenzpartner so willig akzeptierte Ausschaltung alles Politischen aus dem Sport von vornherein verdächtig erscheinen müssen, wenn die westdeutschen Vertreter sich daran erinnert hätten, daß das "Nur-Sportlertum" in der Sowjetzone heute schon in der Reihe der Staatsverbrechen rangiert? Sicher dürfte es auch den Vertretern des westdeutschen DSB nicht unbekannt gewesen sein, daß die heute in allen sowjetzonalen Betrieben aufgezogene "Gesellschaft für Sport und Technik" den Sportgedanken in einem Maße im Sinne einer Bürgerkriegsausbildung prostituiert, daß alle Versicherungen der östlichen Seite auf der Berliner Sportkonferenz zunächst einer eindeutigen Klarstellung und damit einer genauen Festlegung der Formen des gesamtdeutschen Sportverkehrs bedurft hätten.

Die Ausnutzung des Berliner Sportabkommens für die politischen Zwecke der SEP geht noch weiter. Das SEP-Zentralorgan meint, wenn sich schon Vertreter der "Volksportbewegung" der DDR mit Repräsentanten der "bürgerlichen westdeutschen Sportbewegung" an einen Tisch gesetzt hätten, wie viel eher müßten die "sozialdemokratischen Arbeiter Westdeutschlands mit den Werktätigen der DDR an einem Tisch zusammenkommen. - Das Berliner Abkommen über den gesamtdeutschen Sport sieht vor, daß bei Unstimmigkeiten sofort neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der west- und ostdeutschen Sportverbände einzuleiten sind. Der westdeutsche DSB hat die Pflicht, umgehend vom kommunistischen Deutschen Sportausschuß in Ostberlin die Verurteilung aller Versuche der SEP-Presse zu verlangen, das Abkommen zum Instrument einer neuen kommunistischen Propaganda-Offensive gegen Westdeutschland zu machen. Hic Rhodus, hic salta. Das gilt für beide Vertragspartner des Berliner Abkommens.